

Enteignet, vertrieben und betrogen

Vor 70 Jahren begann die kommunistische Bodenreform im Osten Deutschlands. Zehntausende verloren ihren Besitz. Davon hat sich die DDR nie erholt.

Von Philip Plickert

Stoppelige Kornfelder, die sich weit bis zum Horizont hinziehen, gibt es im Osten Deutschlands. Es wirkt heute so ruhig, friedlich. Und alle paar Kilometer kann man ein Gutshaus finden, viele sind verlassen und verfallen. Sie hätten was zu erzählen, wenn sie reden könnten. Vor siebzig Jahren sind hier Tränen und Blut geflossen. Damals begann die „demokratische Bodenreform“, so die offizielle Bezeichnung – eine Umwälzung der Wirtschafts- und Agrarstruktur, laut SED ein „verschärfter Klassenkampf“.

Am 2. September 1945 hielt der kommunistische Spitzenfunktionär Wilhelm Pieck im brandenburgischen Kyritz im Hotel „Schwarzer Adler“ eine Rede vor einer Bauernversammlung. Von einer „inszenierten Rede“ spricht der Historiker Arnd Bauerkämper von der Freien Universität Berlin. „Die Zuhörer waren handverlesen, so dass man sich Zustimmung von ihnen versprach.“ KPD-Chef Pieck gab den Startschuss für die Enteignung aller Großgrundbesitzer, die mehr als hundert Hektar besaßen. Eine kurze Tonbandaufnahme der Rede ist erhalten, die Piecks knarrende Stimme und den Beifall dokumentiert. Der KPD-Chef behauptete, aus der Bauernschaft sei der Wunsch nach der Landenteignung und Gründung eines staatlichen Bodenfonds gekommen. Tatsächlich hatte Stalin schon im Juni 1945, kurz nach Kriegsende, Pieck und weitere Mitglieder der „Gruppe Ulbricht“ der KPD in Moskau gedrängt, so schnell wie möglich eine Bodenreform durchzuführen.

In Bauernversammlungen versuchten KPD-Funktionäre dann, die Landbevölkerung in ihrem Sinn zu mobilisieren. Viele Bauern und Landarbeiter blieben aber zögerlich. Ein Teil hatte Skrupel vor einer massenhaften Enteignung der Gutsbesitzer, denen viele durchaus loyal verbunden waren. Manche fürchteten, dass die Bodenreform nur der Anfang einer völligen Kollektivierung der Landwirtschaft sein würde, wie sie die Sowjetunion betrieben hatte – was die KPD-Führung allerdings rundweg abstritt. Selbst Pieck schallten in Kyritz aus dem Publikum Bedenken entgegen. Denn die fünf Hektar, die er Neubauern versprach, kam diesen mickrig vor. „Das frisst das Pferd ganz alleine auf“, kritisierte ein Bauer laut Protokoll. Andere plädierten für eine Verschiebung der Bodenreform. Pieck jedoch drängte im Schlusswort, die Bodenreform noch im Herbst rücksichtslos durchzusetzen.

Tausende Gutsbesitzer und Pächter erhielten noch im September einen Enteignungsbescheid. Sie mussten innerhalb weniger Stunden mit ihrer Familie den Hof verlassen, durften nur Handgepäck oder einen Rucksack mitnehmen. Zum ehemaligen Gut mussten sie 25 oder 30 Kilometer Abstand halten. „Die KPD und später die SED wollte so verhindern, dass sich Bauern mit den Gutsbesitzern solidarisierten“, sagt Historiker Bauerkämper. Ein Großteil der Enteigneten flüchtete aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach West-Berlin oder in die westlichen Besatzungszonen.

Rund 11 400 Landwirte wurden in der SBZ enteignet, bevor 1949 die DDR gegründet wurde. Insgesamt wurden in diesen vier Jahren 35 Prozent des land- und forstwirtschaftlichen Bodens umverteilt. Etwa zwei Drittel der Enteigneten waren Gutsbesitzer oder Pächter mit mehr als hundert Hektar Fläche. Darunter waren viele Adelige. Aber bei weitem nicht alle, wohl nicht einmal die Mehrheit waren „Junker“, sagt Bauerkämper. Die Junker, ein schon im 19. Jahrhundert geprägter Kampfbegriff zur Bezeichnung des Landadels, dienten jedoch der KPD, ab 1946 der SED als perfektes Feindbild.

„Junkerland in Bauernhand“ lautete die Parole, die das KPD-Zentralkomitee im September 1945 ausgab. Der Mitgründer und damalige Vorsitzende der Ost-CDU, Andreas Hermes, ehemals Landwirtschafts- und Finanzminister in den zwanziger Jahren, dann NS-Gegner, protestierte vehement gegen das brutale Vorgehen bei der Bodenreform – und wurde prompt von der sowjetischen Militärverwaltung zum Rücktritt gezwungen.

Gut ein Drittel der Enteigneten, etwas mehr als 4000, waren Landwirte mit weniger als hundert Hektar Fläche, die von



Mit diesem Plakat warb die KPD im September 1945 für eine rabiate Bodenreform.

Foto Matthias Lüddecke

den lokalen KPD-Leitern oder Sowjet-Kommandanten als „Nazis und Kriegsverbrecher“ bezichtigt wurden. Ohne Zweifel waren darunter viele tiefbraune NS-Belastete, die sich schuldig gemacht hatten. Rechtsstaatliche, gerichtliche Verfahren gegen sie gab es aber keine. Viele Enteignungen beruhten auch auf bloßer Denunziation, wie Bauerkämper in seiner Untersuchung der Bodenreform in Bran-

denburg schreibt: „Missliebige Personen wurden dabei oft willkürlich und ungeprüft als ‚Nationalsozialisten‘ oder ‚Faschisten‘ stigmatisiert, um ihnen unter diesem Vorwand ihr Land zu nehmen.“ Auch viele Nicht-NSDAP-Mitglieder trafen sie. Insgesamt sei die „antifaschistische“ Begründung für die Bodenreform durch die Forschung als Legende entlarvt worden.

Selbst NS-Widerstandskämpfer wurden enteignet. Etwa der Gutsbesitzer und Offizier Carl-Hans Graf von Hardenberg, der als Beteiligter des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 im KZ inhaftiert wurde. Oder Wilhelm Friedrich Graf zu Lynar, ein Mitwisser des Attentats, den die Nazis hinrichten ließen. Hardenbergs Gut war schon auf Befehl der SS beschlagnahmt worden. Nach dem Krieg kamen die Kommunisten und enteigneten die Hardenbergs abermals. Adelige wurden zunehmend hetzerisch als „Volkfeinde“ dargestellt. Auf einem Bodenreform-Plakat war die Rede von „Unkraut“, das mit dem Spaten „ausgerottet“ werden sollte. Die Sprache des „Klassenkampfes“ rückte damit auffällig nah an die Hetze der NS-Zeit.

Insgesamt waren von den Bodenenteignungen zwischen 1945 bis 1949 wohl mehr als hunderttausend Personen betroffen, weil die Gutsbesitzer und Bauern oft große Familien hatten. Sie verloren nicht nur ihr Land und Vieh, sondern alles Inventar der Häuser, Wertgegenstände wie Schmuck sowie alles Bargeld. Viele verloren auch ihr Leben.

Erschütternde Augenzeugenberichte hat ein Bauernverband in den fünfziger Jahren im Westen veröffentlicht. Enteignung und Vertreibung waren nur der Schluss der traumatisierenden Erlebnisse

seit Kriegsende: Als die Rote Armee einmarschierte, gab es willkürliche Beschlagnahmungen. Immer wieder schildern die Zeitzeugen massenhafte Vergewaltigungen. Männer, die ihre Töchter oder Frauen verteidigen wollten, wurden erschossen. Viele Gutsbesitzer nahmen sich verzweifelt das Leben. Hunderte wurden in Lagern eingesperrt, etwa im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Neubrandenburg-Fünfeichen oder im sowjetischen Speziallager Buchenwald, dem ehemaligen KZ. Andere wurden nach Sibirien verschleppt. Eine unbekannte Zahl starb in den Lagern an Krankheiten oder an Hunger.

Auch für die etwa 210 000 Neubauern, unter ihnen viele Vertriebene aus den Ostgebieten, begann eine schwierige Zeit. Denn mehr als eine Million Hektar Land blieben in Staatsbesitz. Die Neubauern erhielten durchschnittlich sieben bis acht Hektar. Zum Vergleich: Heute liegt die durchschnittliche Fläche landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland bei knapp 60 Hektar. Die kleinen Parzellen für die Neubauern warfen gerade genug zum Überleben ab, doch es war ein Leben in Armut. Es fehlte ihnen Kapital für Maschinen und Zugtiere. Die Kleinbauern waren weniger produktiv als die früheren größeren Betriebe. Dadurch sanken die Ernteerträge, die Versorgung

war schlecht. Auf Dauer ließen sich diese Kümmerexistenzen nicht halten.

Das nutzte die SED aus, um in den fünfziger Jahren immer mehr Bauern in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zu drängen. Die Bauern verloren damit ihre Unabhängigkeit, wurden aber wie Angestellte regelmäßig entlohnt und hatten sogar Ferienanspruch. Einigen gefiel diese Sicherheit. Andere aber sträubten sich gegen den Verlust der Selbständigkeit. Gegen diese Widerspenstigen fuhr die Staatsmacht brutale Erpressungsmethoden auf. SED-Kommandos fuhrten mit Lautsprecherwagen vor die Häuser von Verweigerern und beschimpften sie als „Saboteure“, bis sie in die LPG eintraten.

Der Anstoß zur Kollektivierung war abermals von Stalin aus Moskau gekommen, 1952 im Zuge seiner neuen Deutschland-Politik. 1960 meldete die SED triumphierend, die Kollektivierung sei abgeschlossen. Es gab kaum noch bäuerliche Privatbetriebe. Allerdings hatten sich auch viele mit dem Sozialismus Unzufriedene in den Westen abgesetzt. Vor allem während der Versorgungskrise 1960/1961, die auch eine Folge der Kollektivierung war, beschleunigte sich die Abwanderung. Insgesamt gingen von 1949 bis August 1961 mehr als 2,5 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik, bis Staatschef Walter Ulbricht der Massenflucht mit dem Mauerbau ein Ende setzte.

Die DDR-Wirtschaft geriet ökonomisch immer weiter ins Hintertreffen gegenüber der Bundesrepublik. Zeitgleich mit der Enteignungswelle in der Landwirtschaft waren im Osten auch Tausende Industriebetriebe und schon ein großer Teil des mittelständischen Gewerbes verstaatlicht worden. Zudem hatten die Sowjets Fabrikanlagen und Maschinen demontiert und als Reparationsleistungen mitgenommen. Die Produktivität der DDR-Wirtschaft fiel so schon in den Nachkriegsjahren um ein Drittel hinter das Westniveau zurück. Den Rückstand holte sie nie auf, im Gegenteil: Er wurde größer. Zum einen war die Abwanderung von Fachkräften ein ökonomischer Aderlass. „Viele enteignete Unternehmer, leitende Angestellte und technisch bewanderte Personen gingen in den Westen“, sagt der Potsdamer Wirtschaftshistoriker André Steiner. „Und mit der Zeit wurden die Effizienzschwächen der Planwirtschaft offenkundig.“ Die Motivation der Arbeiter und Betriebsleiter, die Koordination der Produktion und die geringe Innovationskraft der Kombinate waren die Hauptprobleme. Am Ende, 1989, erreichte die DDR nur noch ein Drittel des West-Produktivitätsniveaus und war faktisch pleite.

Enteignete Landwirte und Unternehmer hofften bei der Wiedervereinigung auf eine Rückgabe verstaatlichten Grund und Bodens und der Betriebe. Aber nur die nach der Gründung der DDR 1949 Enteigneten wurden restituiert. Wer das Pech hatte, schon in der SBZ-Zeit von 1945 bis 1949 um sein Eigentum gebracht worden zu sein, erhielt es nicht zurück, auch wenn es noch in Staatsbesitz war. So hatte es die Bonner Bundesregierung mit der DDR im Einigungsvertrag festgeschrieben: Die SBZ-Enteignungen würden nicht angerührt. Nach Aussage der Regierung Kohl war dies eine Vorbedingung der Sowjetunion für die Wiedervereinigung. Obwohl einige CDU- und FDP-Politiker grumelten, blieb es dabei. Das Bundesverfassungsgericht wies zwei Klagen von Alt-eigentümern ab. Michail Gorbatschow, der letzte Präsident der Sowjetunion, bestritt jedoch mehrfach öffentlich, dass es eine Forderung auf Nichtrückgabe der schon in der SBZ vorgenommenen Enteignungen gegeben habe.

Die von der DDR übernommenen Ländereien hat die Bundesrepublik nach 1990 Stück für Stück verkauft. 1,6 Millionen Hektar Äcker, Weiden und Wald waren es nach der Wiedervereinigung, eine Fläche, halb so groß wie ganz Brandenburg. Heute sind noch gut 200 000 Hektar in Staatsbesitz. Die für den Verkauf 1992 eingerichtete Bodenverwertungsgesellschaft BVVG hat im Lauf der Jahre mehr als 6 Milliarden Euro eingenommen. Allein im vergangenen Jahr waren es mehr als 600 Millionen, weil die Preise für Ackerland so stark gestiegen sind. Manche Alteigentümer und ihre Nachkommen sind verbittert. Von „Hehlerei“ sprechen sie, weil der Staat „gestohlenes“ Eigentum weiterverkauft. Eine lautstarke Protestkampagne in den neunziger Jahren verpuffte jedoch. Immerhin können die Alteigentümer das heute sehr wertvolle Land zu einem vergünstigten Preis selbst zurückzuerwerben.

Die wahren Wende-Gewinner der Landwirtschaft waren in vielen Fällen aber die früheren Bosse der LPGs. Bei zahlreichen Insolvenzen und bei der Umwandlung der LPGs in GmbHs schafften sie es, die anderen „Genossen“ herauszudrängen oder billig abzuspäßen und erstaunlich viel Land zu übernehmen. So sind diese „roten Barone“ und ihre Nachfolger zu den neuen Herren auf dem Land im Osten geworden.



Erich Honecker, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht (von links) im Jahr 1951

Foto AKG